



New Yorker Stadtteil Bronx: Die Viertel sind überbevölkert, die Quartiere verfallen

Großstädte

Am Ende die Bronx

Durch Massenzuwanderung wächst die Wohnungsnot in den westdeutschen Metropolen. Planungsexperten warnen vor Slums.

Der Frankfurter Sozialarbeiter Jochen Meurers, 44, ist für seine Vorgesetzten seit Jahren ein unbequemer Mann. Ständig beschuldigt er die Stadtoberen, die Augen vor dem „lawinenartig wachsenden Elend“ zu verschließen. Und immer wieder warnt er: „Ihr werdet euch noch wundern.“

Im vergangenen Winter verlangte Meurers, in seiner Eigenschaft als Chef des Vereins „Lobby für Wohnsitzlose und Arme“, der rot-grünen Stadtreger eine besondere Geduldssprobe ab. Um den Wohnungslosen zu helfen, sollten die alten Parks und das Paradeprojekt der Frankfurter Rot-Grünen, der „Grüngürtel“ rund um die Stadt, „angeknabbert“ werden. Er schlug vor, dort Blockhütten und Zelte für

4000 Obdachlose zu bauen. „Jetzt spinnt er endgültig“, sagten Meurers Kollegen im Sozialamt.

Doch für seinen Appell, daß Leben und Gesundheit der Armen wichtiger seien als „der Schutz städtischer Grünflächen“, bekommt Sozialarbeiter Meurers jetzt Beifall von unerwarteter Seite: Auch Frankfurts sozialdemokratischer Planungsdezernent Martin Wentz sieht inzwischen eine „dramatische Situation“.

Der Politiker Wentz kann jetzt mit Zahlen belegen, was der Sozialarbeiter Meurers seit Jahren auf der Straße spürt: Die Stadt kann die Menschenmassen nicht mehr bewältigen, die hereinstürmen. In den Metropolen, so

Wentz düster, sei das gesamte Sozialgefüge bedroht. Die Überbevölkerung preiswerter Stadtteile werde Probleme bringen, „daß es nur so raucht“. Wenn Staat und Kommunen nicht endlich gegensteuern, dann gebe es am Ende großflächige Elendsquartiere wie in New York – „Bronx in Deutschland“.

Nach einer langen Phase der Stadtfucht, in der Deutschlands Großstädte seit 1970 im Schnitt rund zehn Prozent ihrer Einwohner verloren haben, hat sich der Trend Mitte der achtziger Jahre wieder gedreht. Erst stiegen die Bevölkerungszahlen langsam an, seit drei Jahren explodieren sie.

Nach einer Rechnung des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU) sind in den vergangenen drei Jahren allein in die 70 westdeutschen Großstädte „mehr als zwei Millionen Menschen zugewandert“. Rommel, Präsident des Deutschen Städtetages, sieht „unerträgliche Verhältnisse“ voraus. Die alten Bevölkerungsprognosen, die einen „starken Rückgang“ der Einwohnerzahlen prophezeiten, seien „längst überholt“.

Keine Großstadt bleibt von dem Zustrom verschont. München hält derzeit mit einem Zuwachs von 97 000 Menschen seit Ende 1988 den Rekord, gefolgt von Hamburg



Frankfurter Sozialarbeiter Meurers, Obdachloser: „Wachsendes Elend“

(plus 73 000) sowie Frankfurt und Dortmund, die in dieser Zeit jeweils um rund 30 000 Neubürger gewachsen sind.

Selbst Städte wie Bremen und Duisburg, denen amtliche Prognosen noch vor wenigen Jahren fortdauernde Schrumpfung und den Absturz in die tiefste Provinz vorhersagten, legten kräftig zu: Bremen 20 000 Einwohner, Duisburg 10 000 Neubürger.

Die Ursachen für den Zuwachs sind nach allen Statistiken dieselben: die Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern und dem Ausland. Dabei stellen Einwanderer aus Osteuropa, unter ihnen viele deutschstämmige Aussiedler, das größte Kontingent.

Schon jetzt sind alle langfristigen Planungen der Kommunen für die Infrastruktur überholt. Schul- und Kindergartenplätze, über Jahre immer weiter reduziert, gibt es längst nicht mehr genug.

Trinkwassernetze und Deponiekapazitäten reichen nicht mehr aus, weil sich auch die Lebensgewohnheiten der Deutschen verändert haben. Michael Bretschneider vom Berliner Institut für Urbanistik über die Planungsabteilungen der Kommunen: „Die schreiben gerade alles um.“

Doch die schönsten Plananpassungen nützen nichts, wenn niemand sie bezahlen kann. Die Verschuldung der Städte ist enorm hoch, die Kassen sind jetzt schon leer.

„Längst“, so Frankfurts Stadtkämmerer Martin Grüber (SPD), „erwirtschaften wir unsere Investitionen nicht mehr.“ Die „freie Spitze“ in den Kommunalhaushalten, also jene Mittel, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können, tendiert in allen Großstädten „gegen Null“ (Rommel).

Die städtischen Baudezernenten wissen nicht mehr, wie die Neubürger unterkommen sollen. Wohnungsnot herrscht in den Ballungsgebieten schon vor dem neuen Zustrom. Jetzt übersteigt in den meisten Großstädten die Zahl der Neubürger die Anzahl jener Alteingesessenen, die schon lange vergebens eine Wohnung suchen.

Auch wenn genügend Mittel für den Wohnungsbau vorhanden wären, mangelte es an Grundstücken. Die verbliebenen freien Flächen dürfen vielfach nicht bebaut werden, weil sie als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind.

Das Tabu dürfte nicht mehr lange halten. Es könne „nicht im Ernst“ angehen, sagt Rommel, daß die berechtigten Interessen der Wohnungsuchenden „auf dem Altar des Umweltschutzes“ geopfert werden.

Frankfurts Wentz sieht das Problem noch krasser. Er hält einen „riesigen

Konflikt“ um Wohnraum für „unausweichlich“, wobei sich die Politiker nur noch „den Charakter des Konflikts aussuchen können – ökologisch oder sozial“. Entweder gehe man endlich an die geschützten Flächen, um Wohnungen zu bauen, oder man riskiere den „Kollaps des Sozialsystems“.

Mittlere Großstädte wie Stuttgart oder Frankfurt brauchen in den nächsten zehn Jahren jeweils knapp 50 000 neue Wohnungen, um der dringlichsten Not abzuweichen. Die Hochrechnung, so die Statistiker, gilt für den Fall, daß die Zuwanderung umgehend zum Stillstand kommt, ansonsten werde der Bedarf noch höher sein. Beide Städte gehen jedoch davon aus, daß sie „unter Ausnutzung aller Mittel“ (Rommel) bis 2002

men stattfindet, wobei am Ende die billigen Quartiere zu Slums verkommen.

Planungsdezernent Wentz hat den Frankfurter Stadtverordneten schon im Sommer die Warnzeichen für die Main-Metropole beschrieben: In Stadtteilen, in denen die Menschen sehr dicht wohnen, wird nicht mehr neu investiert. Die Besserverdienenden ziehen weg, die Viertel sind überbevölkert, die Infrastruktur reicht nicht mehr aus. Die Quartiere verfallen.

Die Bundesregierung hat bei der Universität Bremen eine Studie in Auftrag gegeben, wie sich die ungebremste Zuwanderung aus dem ehemaligen Ostblock auf sechs ausgewählte Regionen der Republik auswirken



Frankfurter Stadtplaner Wentz: „Kollaps des Sozialsystems“

höchstens 15 000 Wohnungen bauen können.

Die soziale Krise der Überbevölkerung einzelner Stadtteile ist für die Stadtplaner bereits greifbar. Ihr untrügliches Indiz: Die Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung schrumpft.

40 Jahre lang ist diese Meßzahl bis 1990 kontinuierlich angestiegen, auf knapp 35 Quadratmeter je Einwohner. Im vergangenen Jahr ging sie in den Großstädten erstmals zurück, während der Wert im Umland weiter anstieg – für die Stadtplaner ein untrügliches Zeichen dafür, „daß sich die sozialen Probleme verschärfen“ (Wentz).

In der Fachsprache heißt der Vorgang „soziale Segregation“, eine Angstvokabel für alle Fachleute. Sie bedeutet, daß in Gemeinden mit hohem sozialen Gefälle eine krasse Trennung zwischen Wohlhabenden und Ar-

wird. Die Ergebnisse, so Mitautor Hartmut Häußermann, seien „alles andere als erbaulich“. Einzelheiten nennt Häußermann nicht, das Wohnungsbauministerium hält die Arbeit unter Verschuß.

Mit den herkömmlichen Mitteln des Wohnungsbaus allein, da sind sich die Experten einig, kann die Sozialkrise der Großstädte nicht mehr abgewendet werden. Städtetagspräsident Rommel fordert deshalb die Aufnahme von Notstandsparagrafen ins Baurecht und zudem ein neues „polizeiliches Notstandsrecht“.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister will nicht länger hinnehmen, daß leere Wohnungen zwar als „polizeiwidriger Zustand“ gelten, daß aber deren Beschlagnahme „spätestens nach sechs Monaten“ wieder aufgehoben werden muß.